

Stadtverordnetenversammlung der

Landeshauptstadt Potsdam

Beschlussverfolgung gewünscht:

Antrag

Drucksache Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

21/SVV/0641

	öffentlich					
Betreff: Keine Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes						
Tomo Emonang dos Cowerbestedemenesatzes						
	le	40.05.555				
Einreicher: Fraktion Freie Demokraten Erstellungsdatu		n: 18.05.2021				
	Freigabedatum:					
Beratungsfolge:						
Datum der Sitzung Gremium	nium 2					
02.06.2021 Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		Entscheidung				
Beschlussvorschlag:						
Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:						
Die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam (SVV) verpflichtet sich, den Gewerbesteuerhebesatz in der aktuellen Wahlperiode der SVV nicht weiter zu erhöhen Selbstbindungsbeschluss).						
Constantia and Consta						
gez.						
Fraktionsvorsitzende/r	Ero	gebnisse der Vorberatungen				
Unterschrift		auf der Rückseite				

Termin:

Demografische Auswirkungen:				
Klimatische Auswirkungen:				
Finanzielle Auswirkungen?		Ja		Nein
(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)				
				ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie haben die Gewerbetreibenden Potsdams durch vorübergehende Betriebsschließungen und Umsatzausfälle schwer zu spüren bekommen. Nicht alle Ausfälle konnten durch Hilfsprogramme kompensiert werden.

Der Hebesatz für die Gewerbesteuer liegt schon seit Jahren mit 455% deutlich über dem der Nachbarstadt Berlin mit 410%, was negative Steuerungsimpulse für den Wirtschaftsstandort Potsdam hat. Im Land Brandenburg selbst hat die Landeshauptstadt seit Jahren den höchsten Hebesatz

Um neue Ansiedlungen zu erleichtern, bereits bestehende Betriebe zu erhalten und die extremen wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie abzufedern, müsste der Hebesatz der Gewerbesteuer dringend gesenkt werden. Entsprechende Initiativen der Fraktion der Freien Demokraten wurden in der Vergangenheit von den übrigen Fraktionen in der Stadtverordnetenversammlung allerdings regelmäßig abgelehnt. Stattdessen wurden in der Vergangenheit die Hebesätze stetig erhöht, zuletzt im Jahr 2017.

Damit die Betriebe zumindest darauf vertrauen können, dass sich die Rahmenbedingungen des Wirtschaftsstandortes Potsdam nicht erneut verschlechtern, muss sichergestellt werden, dass weitere Hebesatzerhöhungen auf dem Gebiet der Landeshauptstadt ausgeschlossen werden.

Mit dem Beschluss gibt die SVV den Unternehmerinnen und Unternehmern in unserer Stadt Planungssicherheit für ihre wirtschaftliche Betätigung und künftige Investitionsvorhaben.